

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Mag. Michaela Steinacker, Mag.a Agnes Sirkka Prammer
Kolleginnen und Kollegen

zum Antrag 1647/A der Mag. Michaela Steinacker, Mag. Agnes Sirkka Prammer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter, die Rechtsanwaltsordnung, das 1. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz und das 2. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz geändert werden in der Fassung des Ausschussberichts (926 d.B.)

Der Nationalrat wolle in 2. Lesung beschließen:

Der oben bezeichnete Gesetzesantrag wird wie folgt geändert:

1. Der Gesetzesstitel lautet „Bundesgesetz, mit dem das Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter, die Rechtsanwaltsordnung, das 1. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz und das 2. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz geändert werden“.

2. In Artikel 3 wird nach der Novellierungsanordnung 1. folgende Novellierungsanordnung 1a eingefügt:

„1a. In § 3 Abs. 4 wird das Datum „30. Juni 2021“ durch das Datum „31. Dezember 2021“ ersetzt.“

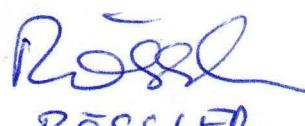
3. In Artikel 3 tritt an die Stelle der Novellierungsanordnung 4. folgende Novellierungsanordnung:

„4. Dem § 12 wird folgender Abs. 6 angefügt:

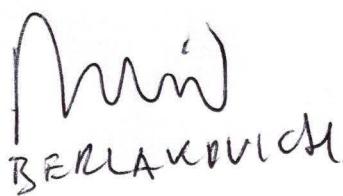
„(6) § 3 Abs. 1 und 4, § 7 und § 12 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2021 treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung dieses Bundesgesetzes in Kraft.““

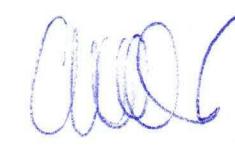
Begründung:

Es sollen auch die Sonderbestimmungen für Verhandlungen und Versammlungen mittels Videotechnologie in Exekutions- und Insolvenzverfahren verlängert werden und es wird ein Redaktionsversehen behoben.


ROSSLER


PRAMMER


BLAAKOVICH


STEINACKER


GERSTL

